



EAK – Endenicher Straße 41 – 53115 Bonn

Bundesministerin der Verteidigung
Frau Dr. Ursula von der Leyen, MdB
Stauffenbergstraße 18
10785 Berlin

Bonn, den 27.09.2016

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Dr. von der Leyen,

wir wenden uns an Sie, weil der Wehretat von jährlich ca. 34 auf ca. 39 Milliarden Euro bis 2020 ausgeweitet werden soll. Diese Aufstockung in den nächsten vier Jahren bezeichnen Sie treffend als eine „Trendwende“. Im neuen „Weißbuch zur Sicherheitspolitik“ wird festgehalten, dass Deutschland der NATO-Forderung nachkommen soll, 2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für den Verteidigungshaushalt auszugeben. Dies wäre eine endgültige Trendwende, eine Erhöhung von 34 Milliarden Euro (ca. 1,2 % des BIP) auf ca. 55 Milliarden Euro in einem jährlichen Haushalt. 21.000 Millionen Euro mehr pro Jahr fürs Militär.

Damit werden eindeutige Fakten gesetzt, wie Deutschland seine Sicherheitspolitik aufstellen will. Diese Mittel werden fehlen, um die wirklichen Ursachen von Krieg und Flucht zu beseitigen: Armut, Klimawandel, Ungerechtigkeit u. a. Sie fehlen zum Erhalt des inneren Friedens: Soziale Gerechtigkeit, Bildung, Sicherheit u. a. Die seit Jahrzehnten bestehende Selbstverpflichtung Deutschlands, 0,7 % des BIP für Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen, ist bis heute nicht erfüllt und liegt bei ca. 0,4 % des BIP. Friedenspolitik, z. B. in Form von Konfliktvermittlung und Stärkung der Zivilgesellschaft im In- und Ausland, wird nicht ansatzweise in einem vergleichbaren Volumen ausgebaut. Die vielfältigen Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung, wie sie z. B. der Aktionsplan „Zivile Krisenprävention“ aufzeigt, sind inhaltlich gut aufgestellt. Sie bleiben finanziell aber weiterhin völlig unterversorgt.

Diese Form der Sicherheitspolitik durch militärische Aufrüstung ist unvereinbar mit dem im Weißbuch formulierten Vorrang für Prävention und nichtmilitärisches Handeln. Deshalb fordern wir, von den Plänen dieser „militärischen Trendwende“ Abstand zu nehmen. Es ist den zivilen, friedenspolitischen Möglichkeiten die Priorität zu geben. Diese müssen mit Milliarden Euro ausgestattet werden.

Ansprechpartner:
Wolfgang Burggraf

Durchwahl:
+49 (0)228 24999-0

Bank für Kirche und Diakonie
IBAN: DE11 3506 0190 1014 3090 19
BIC: GENODED1DKD



Wir wollen keine Trendwende

- zur Erweiterung der Bundeswehr und der Militärausgaben,
- zum Einsatz der Bundeswehr im Innern,
- zur neuen militärischen Führungsrolle Deutschlands in Europa.

Wir wollen eine Trendwende hin zu einer zivilen Friedenspolitik:

einen Paradigmenwechsel hin zu nichtmilitärischen Strategien der Prävention und Konfliktbearbeitung.

Wir fordern,

- der weiteren Aufrüstung Einhalt zu gebieten,
- die atomare Aufrüstung auch in Deutschland endlich zu beenden,
- sich im Namen einer globalen Verantwortung vorbildlich für ein Umdenken zu ziviler gewaltfreier Konfliktbearbeitung einzusetzen.

(Beschlissen auf der Mitgliederversammlung in Mainz am 22. September 2016)

Mit vorzüglicher Hochachtung

i. A. Wolfgang Burggraf
Geschäftsführung